

**Redemanuskript von Michael Hermund, Vorsitzender des DGB Ruhr Mark
zur Gedenkveranstaltung für die Opfer des Faschismus
am 9. 9. 2012 auf dem Hauptfriedhof, Freigrafendamm**

Liebe Antifaschistinnen und Antifaschisten, liebe Kolleginnen und Kollegen

73 Jahre nach dem Überfall Nazideutschlands auf Polen und
67 Jahre nach der Befreiung Deutschlands und Europas vom Faschismus finden wir uns heute
zum Tag der Opfer des Faschismus ein.

1945 ergriffen ehemalige politische Häftlinge die Initiative zur Begründung eines Gedenktages
für die Opfer des Faschismus. Unterstützung kam von den neu zugelassenen demokratischen
Parteien, den Kirchen, Gewerkschaften und Jugendverbänden.

Dieser Gedenktag ist eine gute Tradition, gerade auch hier in Bochum. Er bettet sich ein, in
aktive Arbeit gegen Faschismus und Rassismus. Keine Aktion der rechten Brandstifter wird in
unserer Stadt hingenommen.

Dank der Aktiven im Bündnis gegen Rechts, der heute hier einladenden VVN - BdA und vieler
demokratisch gesinnter Mitmenschen überlassen wir den Rechten keine Räume.

Ob sie wie kürzlich geschehen einen LKW auf dem Husemannplatz abstellen oder gegen
Muslime agitieren.

Diese geistigen Brandstifter sind in Bochum unerwünscht, das haben wir gezeigt und werden
wir ihnen wieder und wieder zeigen.

Das Verbot des Naziaufmarsches in unserer Nachbarstadt am 1. September ist ein erstes
Zeichen, dass auch offizielle Stellen mittlerweile wach geworden sind und die Gefahr ernst
genommen wird.

Die mörderischen Aktivitäten der Zwickauer Terrorzelle und ihrer Unterstützer offenbaren
dramatische Versäumnisse des Verfassungsschutzes.

Trotz all seiner Aktivitäten ist es nicht gelungen, die rechtsextremistischen Organisationen und
Netzwerke frühzeitig zu erkennen und zu bekämpfen.

Wir fordern eine umfassende und lückenlose Aufklärung der Mordserie sowie aller
Fahndungspannen.

Die dafür Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Egoismus, Ellenbogenmentalität, Gier und Profitdenken haben das gesellschaftliche Klima
vergiftet.

Der Rechtsextremismus ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Neonazis nutzen soziale Ungerechtigkeiten für ihre rassistischen Ziele, indem sie eine
Ethnisierung sozialer Probleme betreiben.

Wo andere zivilgesellschaftliche Kräfte nicht mehr präsent sind, können Rechtsextreme Fuß
fassen. Nicht nur im Osten Deutschlands.

Dabei arbeiten sie nicht nur mit brutaler Gewalt und Einschüchterung, vielfach geben sie sich
bürgerlich und bieder.

Auch das Internet ist zum Tummelplatz von Rechtsextremisten geworden.

Hier können sie ungestört ihre menschenverachtende Propaganda verbreiten. Damit zielen sie vor allem auf junge Menschen.

Auch Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wurden und werden Opfer von Angriffen. Rechtsextremisten bedrohen in zunehmendem Maße freie Gewerkschaftsarbeit.

Der Rechtsextremismus ist eine Gefahr für die Demokratie und das Zusammenleben in Vielfalt, das unser Land auszeichnet und wirtschaftlich stark gemacht hat.

Staatliche Behörden sind gefordert, konsequent und unnachgiebig neonazistische Umtriebe zu verfolgen. Hier erwarte ich mehr Gespür der Staatsanwaltschaft.

Wir fordern:

- ein Verbot der NPD und aller neonazistischen Organisationen,
- ein entschiedenes Vorgehen gegen Nazi-Seiten im Internet.
- Prävention ist wichtig. Jugendverbände leisten eine wertvolle partizipative Arbeit. Hier müssen auch die kommunalen Mittel gesichert und ausgebaut werden.

Der Kampf gegen den Rechtsextremismus darf sich nicht in Betroffenheitserklärungen, Sonntagsreden und Wahlkampfaktionen erschöpfen.

Die Politik muss gerade angesichts der Euro-Krise die Ängste der Menschen ernst nehmen und soziale Ungerechtigkeiten beseitigen, die Integration fördern und die gesellschaftliche Teilhabe aller verbessern.

Initiativen, Projekte und Organisationen, die sich den Neonazis tagtäglich widersetzen und ihre Opfer beraten, brauchen finanzielle Unterstützung.

Überlassen wir den Nazis keine öffentlichen Räume.

Die großartige Demonstration in Langendreer im letzten Jahr hat gezeigt, zivilgesellschaftliches Engagement ist notwendig und erfolgreich.

Zeigen wir, dass wir den Nazis entschlossen entgegentreten. Überall.

Im Juni 2012 hat in Rio de Janeiro der sogenannte „Rio plus 20-Gipfel“ stattgefunden. Er hat uns die Handlungsunfähigkeit der Staatengemeinschaft angesichts der Armut-, Ernährungs- und Klimakrise dramatisch vor Augen geführt. Hinzu kommt: Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise öffnet die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter.

Diese Krisen sind von Menschen gemacht und erhöhen die Gefahr, dass kriegerische Auseinandersetzungen um knapper werdende Ressourcen zunehmen.

So lange einige Wenige an Krisen und Kriegen genauso verdienen wie an der Spekulation mit Nahrungsmitteln oder an Waffengeschäften – so lange werden die Krisenursachen nicht beseitigt werden können.

Soziale Ungleichheit, politisches Unvermögen sowie kulturelle und religiöse Unterdrückung, Gier und Korruption sind Wegbereiter von Faschismus und Kriegen.

Nur eine andere Politik, der entschlossene Kampf für den Zugang zu sauberem Wasser, für ausreichende Ernährung und gegen Ausbeutung sowie das Streiten für sozialen Fortschritt,

gerechte Verteilung sowie Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte können dauerhaft Frieden schaffen und die Anfälligkeit für faschistisches Gedankengut eindämmen.

Gerade darum streiten wir für eine gerechtere Verteilung des Reichtums. Ende September findet hier in Bochum eine große Kundgebung statt. „Umfairteilen – Reichtum besteuern“ lautet das Motto. Ich lade alle ein am 29. September dabei zu sein.

Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Wir stehen ein für ein Deutschland, in dem alle ohne Angst verschieden sein und sicher leben können.

Wir bekennen uns zu den Grundwerten Freiheit und Gleichheit, Solidarität und Gerechtigkeit, Respekt und Würde.

Rechtsextremisten und Rassisten dürfen wir in unserer Gesellschaft keinen Raum geben.

Wir wollen den Schulterschluss mit anderen gesellschaftlichen Kräften um gemeinsam Flagge zu zeigen gegen Terror und Unmenschlichkeit.

Das ist die Lehre, die wir aus der Geschichte ziehen.

Diese Mahnung der ehemaligen politischen Häftlinge, die den Gedenktag für die Opfer des Faschismus 1945 begründet haben, nehmen wir ernst.

Heute und in Zukunft.